

Frau
Eva Risse
Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser
Markt 4
53111 Bonn
Zif-frauen@gmx.de

28.08.2017

Sehr geehrte Frau Risse,

vielen Dank für Ihr weiteres Schreiben vom 7. August 2017 an den SPD-Parteivorstand. Sie legen darin den Schwerpunkt auf die Situation von Frauen und ihren Kinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus bzw. von gewaltbetroffenen Migrantinnen und ihren Kindern. Sie sind ohne Zweifel sowohl als Migrantin als auch als Opfer von Gewalt in einer besonders schwierigen persönlichen Lage.

Wir nehmen Ihre umfangreichen Anregungen und Vorschläge zur Kenntnis und beziehen Sie in unsere politische Diskussion über das Thema ein.

In unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl haben wir die Situation geflüchteter Frauen ebenso thematisiert wie die Frage geschlechtsspezifischer Asylgründe:

„Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig. Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen wir schützen. Das gilt auch für alleinreisende Kinder und Jugendliche sowie schutzsuchende queere Menschen.

Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb werden wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern.

Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter sexualisierter Gewalt, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkennen.

Anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber wollen wir noch schneller integrieren. Wir werden die verpflichtenden und berufsqualifizierenden **Sprachkurse anbieten**, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Wir erwarten, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden. Wir wollen sicherstellen, dass insbesondere Frauen nicht durch fehlende Kinderbetreuung daran gehindert werden.“

Im Abschnitt „**Leben frei von Gewalt und Diskriminierung**“ heißt es:

„Wir kämpfen gegen jede Form menschenverachtenden Verhaltens und gegen Gewalt. Die Rechte von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt wollen wir weiter stärken. Die Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ (Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ist ein Meilenstein. Als weiteren Schritt fordern wir einen **dritten Aktionsplan der Bundesregierung** zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (nach 1999 und 2007). Wir brauchen einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für die Opfer und ihre Kinder. Das gilt auch für geflüchtete Frauen und Mädchen – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Das Hilfesystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen soll ausgebaut und weiterentwickelt werden. (...) Eine Koordinierungsstelle auf Bundesebene soll die Umsetzung der Istanbul-Konvention überwachen.“

Einige dieser Punkte wurden auch bereits in den Antworten der SPD auf Ihre ersten Briefe, die wir Ihnen am 14. Juli 2017 zugeschickt haben, beantwortet.

Herzliche Grüße
Britta Erfmann

Zeit für mehr Gerechtigkeit.



Britta Erfmann
Abteilung II Politik /SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
E-Mail: britta.erfmann@spd.de
Twitter @BERfmann
SPD.de